

Quelle : Berliner Zeitung

Datum : **06.12.2007**

Autor : Sigrid Averagesch

Der Balkan soll näher an die EU rücken Slowenien beschreibt Ziele der Ratspräsidentschaft

LJUBLJANA. Wenn Slowenien am 1. Januar die Präsidentschaft der Europäischen Union übernimmt, dann erlebt die EU gleich zwei Premieren. Erstmals wird einer der neuen EU-Staaten ein halbes Jahr lang die Union führen und erstmals wird dies ein slawisches Land sein. Auch das Programm für die EU-Präsidentschaft spiegelt diese Situation wider und setzt neue Akzente.

Eines der Hauptziele des einstigen jugoslawischen Staates wird die Annäherung der Balkanländer Serbien, Kroatien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Albanien an die Europäische Union sein. "Wir möchten, dass sich jeder Staat einen Schritt näher auf die EU zu bewegt", erläuterte Gregor Krajc, stellvertretender EU-Staatssekretär, die ersten Details des noch nicht offiziell vorgestellten Programms vor Journalisten aus Berlin. "Jedem Staat werden wir dabei helfen", versicherte er. So sei es Ziel der slowenischen Regierung, dass der Assoziierungsvertrag zwischen der EU und Serbien im kommenden Jahr unterzeichnet wird. Für Mazedonien erhofft sich die slowenische Regierung, dass die Evaluation des EU-Kandidatenlandes positiv verläuft. Allerdings erwarte Slowenien auch, dass die Länder die Voraussetzungen dafür schaffen, so Krajc.

Für diesen Annäherungsprozess zwischen dem Balkan und der EU sieht sich die slowenische Regierung in der Rolle des Vermittlers. "Wir kennen die Mentalität des Balkans und wissen auch, was die EU will", sagte Krajc. Hinzu komme die gemeinsame Vergangenheit im früheren Jugoslawien.

Schon seit Jahren engagiert sich die Regierung in Ljubljana auf dem Balkan. Neben den sehr engen wirtschaftlichen Beziehungen half Slowenien beispielsweise Mazedonien beim Aufbau der Verwaltung. Auch auf die EU werden die Länder vorbereitet. Trainingsprogramme werden eingerichtet, um bei den Meinungsführern in den Balkanländer für die EU zu werben. Dies ist gerade angesichts der für den 22. Dezember geplanten Erweiterung des Schengen-Raumes auf Slowenien nötig. Die Grenzen werden insbesondere für den Nachbarn Kroatien, aber auch für die übrigen Balkanländer, ab Dezember undurchlässiger.

"Wir müssen klar machen, dass die Schengen-Grenze sich nicht gegen die Balkanländer richtet", unterstrich Krajc.

Tito-Residenz umgewidmet

Ehrgeiz entwickelt Slowenien auch beim EU-Reformprozess. Vor den Europa-Wahlen im Herbst 2009 soll der Lissabonner Vertrag von den Mitgliedstaaten ratifiziert sein. Slowenien möchte dabei zu den ersten Unterzeichnern gehören. Schwierige Verhandlungen stehen für den Klimagipfel im Februar 2008 an. Denn dann wird es um das so genannte "Burden Sharing" gehen, also um die Festlegung, welche Länder wie viel Kohlendioxid reduzieren sollen. Die EU möchte den Ausstoß des Gases um 20 Prozent des Niveaus von 1990 senken.

Seit drei Jahren bereitet sich Slowenien auf den Vorsitz in der EU vor. Ein Kraftakt für das rund zwei Millionen Einwohner zählende Land, das erst seit 2004 EU-Mitglied ist. Über 1 500 Beamte arbeiten an dem Projekt, das sind fast zehn Prozent der zivilen Staatsverwaltung. Fast 400 weitere Mitarbeiter wurden mit Zeitverträgen bis zum Ende der Präsidentschaft eingestellt. Allein in Brüssel wurde die Zahl der Mitarbeiter auf 160 erhöht. Damit ist das Brüsseler Büro Sloweniens genauso groß wie das Deutschlands. 60 Millionen Euro lässt sich Ljubljana dies alles kosten, mitsamt des Ausbaus des Konferenzentrums in Brdo. Dafür wurde die einstige Residenz des früheren jugoslawischen Staatsoberhauptes Tito umgebaut.